



## Auszug aus dem substantziellen Protokoll 111. Ratssitzung vom 2. Oktober 2024

3806. 2024/118

**Weisung vom 20.03.2024:**

**Stadtkanzlei, Abschreibungsanträge Postulate, Geschäftsjahr 2023**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate werden abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmung:

**Matthias Probst (Grüne):** *Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat die Abschreibungsanträge des Stadtrats beraten. Diese werden seit einigen Jahren in einem separaten Geschäft ausserhalb des Geschäftsberichts ausgewiesen. Die GPK überprüft im Auftrag des Gemeinderats, ob Postulate, die der Gemeinderat dem Stadtrat ordentlich überwiesen hat, auch ordentlich behandelt und geprüft wurden. Sobald Postulate überwiesen wurden, gehören sie nicht mehr den einzelnen Postulierenden, sondern dem gesamten Gemeinderat. Deshalb werden sie von der GPK im Namen des gesamten Gemeinderats überprüft. Wir schauten uns einerseits alle Vorstösse an, zu denen noch nichts vorliegt. Dieses Jahr fanden wir nichts, wo wir hätten intervenieren müssen. Andererseits schauten wir jene Vorstösse an, bei denen der Stadtrat eine Abschreibung beantragt. In einem ersten Schritt holten wir über die Fraktionen Rückmeldungen der Postulierenden ein, weil dort ein höheres inhaltlichen Know-how vorausgesetzt werden kann. Zusammen mit den Anträgen des Stadtrats ergab das schon ein recht umfassendes Bild. Je nach Fall brauchte es weitere Abklärungen, ob der Prüfungsauftrag umgesetzt wurde. Meistens ging es darum, ob der Stadtrat das Anliegen auch wirklich geprüft hat. Ab und zu kommt man vielleicht zum Schluss, dass etwas geprüft, aber noch nicht umgesetzt wurde. Das sind die kritischen Fälle und häufig auch jene, bei denen die Postulierenden mit einer Abschreibung nicht einverstanden sind: Sie sind der Ansicht, das Anliegen sei noch nicht umgesetzt. Ich muss aber daran erinnern, dass ein Postulat ein Prüfauftrag ist, der einen Bereich in der Kompetenz des Stadtrats betrifft. Deshalb hat die GPK angeschaut, ob der Stadtrat das Anliegen ordentlich geprüft hat und nicht, ob er es umgesetzt hat. Aus dieser Prüfung sind die drei vorliegenden Anträge der GPK entstanden. Der erste ist rein redaktionell. Beim zweiten handelt es sich um einstimmige Anträge, bei denen wir der Ansicht sind, dass die Prüfaufträge nicht erfüllt sind. Beim*



2 / 20

*dritten Antrag handelt es sich ausnahmsweise um einen Sammelantrag. Ich sage bewusst ausnahmsweise, weil ich davon ausgehe, dass dieser Antrag ab nächstem Jahr in zwanzig oder mehr Einzelanträge aufgesplittet wird. Es handelt sich um jene Fälle, in denen die GPK nach Abwägung der Argumente anders entschied, als es die Postulierenden vorgeschlagen hatten. An diesem Punkt funktionierte der Prozess leider nicht mehr. Die Fraktionen erhielten die Antragsfahne der GPK, aber mit Ausnahme der AL-Fraktion schickte keine einzige Fraktion Anträge zurück. Sie meldeten lediglich, dass sie einverstanden oder nicht einverstanden seien. Deshalb haben wir nun gleichlautende Minderheits- und Mehrheitsanträge. Diese haben wir in der GPK gebündelt. Die Rückmeldung der AL haben wir angeschaut und die Fahne leicht angepasst. Das Grundproblem liegt in der bockigen Haltung der SVP- und SP-Fraktionen beziehungsweise ihrer Rennleitungen. Diese wollen unbedingt den Antrag der Postulierenden übernehmen. Wenn wir es nächstes Jahr wieder so machen, werden wir zahlreiche Einzelanträge und eine lange Debatte haben. Das ist nicht im Sinn des Erfinders. In Zukunft bitte ich um mehr Verständnis für die Prüfung durch die GPK und darum, sich einzubringen. Die GPK verlangt einstimmig, der Weisung zuzustimmen. Zu den Detailanträgen spreche ich nachher.*

Weitere Wortmeldungen:

**Tanja Maag (AL):** *Matthias Probst (Grüne) hat die AL-Fraktion zwar nicht als bockige Fraktion bezeichnet, aber das ändert sich vermutlich noch im Laufe des Abends. Die AL kritisierte den Prozess zur Abschreibung der Postulate bereits im Vorfeld der heutigen Debatte. In unserer Wahrnehmung pickt die GPK teilweise ohne nachvollziehbare Kriterien Postulate heraus, die sie gegen den Willen der Fraktion abschreiben möchte. Die Antwort der GPK auf unsere Kritik war, dass die AL im Vergleich zu den anderen – bockigen – Fraktionen am wenigsten Postulate freiwillig abgeschrieben habe. Rein quantitativ stimmt das, wenn man die Aufstellung im GPK-Protokoll vom 17. Juni 2024 anschaut. Wir sind Spitzenreiterin, weil wir 50 Prozent unserer Postulate nicht abschreiben wollen. Aber die Einführung quantitativer Kriterien ist uns neu. Das müsste zumindest irgendwo verbrieft sein, damit wir nächstes Jahr wissen, dass mindestens 60 Prozent der Postulate abgeschrieben werden müssen. Und was heisst überhaupt freiwillig? Freiwillig meint, dass eine Handlung aus freiem Willen und ohne Zwang getroffen wird. Das bedeutet auch, dass man nicht durch äussere Faktoren gezwungen oder beeinflusst wird. Man kann nicht von Freiwilligkeit sprechen, wenn einem die GPK im Nacken sitzt und die eigenen Argumente und Überlegungen nicht annimmt. Die GPK schreibt Postulate ab, ohne darlegen zu können, wie sie eine Güterabwägung zwischen den Argumenten des Stadtrats und unseren vorgenommen hat. Im Fall des Postulats GR Nr. 2014/44 wurde um eine solche Abwägung gebeten. Dies konnte nicht aufgezeigt werden. Unser Verdacht: Die GPK nimmt im Zweifelsfall die Position des Stadtrats ein und verspielt sich damit Vertrauen. Es entsteht das Gefühl, sie sei keine paritätische Institution zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat. Anders gesagt: Wieso sollen wir in Zukunft etwas begründen, wenn die Stellungnahme des Stadtrats am Ende mehr Gewicht hat? Wir durften zwar Stellungnahmen verfassen und mit dem jeweiligen Referenten der*



*GPK sprechen, aber unsere Argumente drangen offenbar nicht durch. Als Partei, die nicht in der GPK vertreten ist, sind wir von den Diskussionen und Abschlussgesprächen ausgeschlossen. Natürlich haben wir Protokolleinsicht, aber die Protokolle zeigen teilweise nicht den ganzen Verlauf einer Diskussion. Der Protokollleserin erschliesst sich daraus nicht, wie es zu einer Entscheidung kam. Da wir nicht Teil der Kommission sind, ist es nicht erstaunlich, dass die AL überproportional von der Abschreibungs Guillotine betroffen ist. Überspitzt gesagt: Es liegt eine gewisse Zensur seitens der GPK vor. Für uns handelt es sich um ein demokratisches Versagen in diesem Prozess. Wir behalten uns vor, einige dieser Postulate wieder einzureichen. Im Gegensatz zu anderen Fraktionen, die mit einer Stimmrechtsbeschwerde drohen, würden wir die Weisung im Zweifelsfall ablehnen.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Eine kurze Replik zur Stellungnahme der AL: Es gibt kein Verhältnis von Abschreibungsanträgen, das erfüllt werden muss. Man hat das zwar angeschaut, um ein Gefühl dafür zu erhalten, wo wir uns bewegen – aber selbstverständlich finden die Prüfungen rein inhaltlich statt. Kein einziger Vorstoss auf der Liste soll abgeschrieben werden, weil wir der Meinung wären, die Fraktion habe eine tiefe Quote. Die GPK nimmt auch keine Gewichtung der Argumente der Postulierenden vor, die automatisch dem Stadtrat mehr Gewicht gibt. Im Gegenteil gibt es deutlich mehr Anträge, bei denen wir die Einschätzung der Postulierenden teilen. Aus der Prüfung der inhaltlichen Argumente können aber unterschiedliche Schlüsse gezogen werden. Damit muss man im politischen Betrieb leben. Es gibt Postulate der AL, bei denen eine Mehrheit der GPK der Meinung war, diese könne man abschreiben, weil sie ausführlich geprüft, aber noch nicht umgesetzt wurden. Den Vorwurf der Zensur weise ich deutlich von uns.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Die GPK versuchte, alles sehr seriös anzuschauen. Wir stellten uns weder auf die Seite des Stadtrats noch auf jene der Postulierenden oder ihrer Fraktionen. Bisher wurde die Meinung der Postulierenden oft unbesehen übernommen. Als GPK hatten wir den Eindruck, dass das nicht unsere Aufgabe ist. Unsere Aufgabe ist es, diese Postulate zu prüfen und zu beurteilen, ob die Begründungen des Stadtrats überzeugen. Dazu ziehen wir die Stellungnahmen der Postulierenden bei und berücksichtigen sie auch. In vielen Fällen sind wir mit den Postulierenden und ihren Fraktionen zum Schluss gekommen, dass die Postulate noch nicht abgeschrieben werden können. Aber es gibt Fälle, bei denen wir es anders als die Postulierenden sehen und der Meinung sind, dass die Postulate geprüft und vom Stadtrat gut begründet wurden. Es gibt tatsächlich solche, die ein Fall für ein neues Postulat sind, weil die Begründungen über das hinausgehen, was ursprünglich mit dem Postulat gefordert wurde. Ein Postulat ist ein Prüfauftrag und kein Umsetzungsauftrag. Mit diesem Augenmerk hat die GPK die Postulate angeschaut und gefragt, ob das Anliegen geprüft wurde oder nicht.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Es ist interessant, dass der GPK-Präsident zwei Fraktionen als bockig bezeichnet – auf die SVP-Fraktion trifft rebellisch besser zu. Früher war die Handhabung zur Abschreibung der Postulate anders. Es musste schnell gehen und die Abschreibungsanträge kamen zusammen mit dem Geschäftsbericht. Seit*



*der Geschäftsbericht Ende Juni im Gemeinderat behandelt werden muss, ist das nicht mehr möglich. Es ist eine Ermessensfrage, was es genau heisst, dass etwas geprüft wurde. Es handelt sich um eine Grauzone. Es gab den Fall eines Stadtrats, der sagte, die Postulate kämen bei ihm zuunterst in die Schublade. Das ist weder geprüft noch umgesetzt. Genauso gibt es Postulanten, die gegen eine Abschreibung sind, weil sie keine Lust haben, dass ihr Postulat abgeschrieben wird. Das ist auch keine Begründung. Deshalb hat man angefangen, das Ganze zu beraten und Wert auf seriösere Begründungen zu legen, warum ein Postulat nicht abgeschrieben werden soll. Die SVP vertrat immer die Auffassung, dass man im Zweifel für den Postulanten oder die Postulantin eintritt. Das heisst, dass die SVP in diesem konkreten Fall die Haltung jener Personen vertritt, die den Vorstoss eingereicht haben. Wir möchten nicht von einer Mehrheit überstimmt werden. Es könnte ja sein, dass eine Minderheit mit der Begründung einer Nicht-Abschreibung recht hat. Es ist klar, dass es einen Abend füllt, wenn man jeden Vorstoss, der abgeschrieben werden soll, mit einer eigenen Weisung behandeln muss. Ich habe der GPK in Aussicht gestellt, dass das passieren wird. Deshalb wurde es in einer Sammelweisung zusammengezogen. Für die Zukunft möchte ich appellieren, die Abschreibungen substanzieller zu begründen. Das würde sicher zur Effizienz beitragen.*

**Maleica Landolt (GLP):** *Ich schliesse mich Karin Weyermann (Die Mitte) und Matthias Probst (Grüne) an. Es ist für die AL, die bei den Diskussionen in der Kommission nicht dabei sein konnte, sicher eine spezielle Situation. Natürlich ist es schwierig, anhand eines Protokolls jedes einzelne Detail nachvollziehen zu können. Die SVP und die SP waren aber sehr wohl dabei. Sie haben alle Diskussionen mitbekommen und auch, wie wir die Prozesse neu aufgestellt haben. Diese Prozesse sind viel länger, intensiver und detaillierter. Wir wägen immer wieder neu ab. Dass wir keine Güterabwägung gemacht und einfach die Antwort des Stadtrats bevorzugt hätten, stimmt nicht. Die Begründungen kamen teilweise sehr detailliert zurück. Die Referentinnen und Referenten haben sie angeschaut und sie wurden in der gesamten GPK noch einmal diskutiert. Der heutige Prozess ist anders als der frühere, als die GPK einfach alles so durchgewunken hat, wie es sich die Postulantinnen und Postulanten gewünscht haben. Aber wir machen es seriös, gründlich und nicht willkürlich. Vorschläge zum Prozess – ohne uns in unserer Aufgabe zu beschneiden oder uns Vorschriften zu machen – sind immer willkommen.*

**Rahel Habegger (SP):** *Die SP-Fraktion führte intensive Diskussionen zu dieser Weisung. Es ging oft um das Thema der Ratseffizienz. Matthias Probst (Grüne) hat das Stichwort «bockig» in den Raum geworfen. Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) hat es «rebellisch» genannt. Vielleicht ist es einfach konsequent. In der Vergangenheit gab es eine Art ungeschriebenes Gesetz, dass die Abschreibung eines Postulats nicht über den Kopf des Postulanten hinweg forciert wird. Dies aus gutem Grund: Der Postulant hat in der Regel einiges investiert, um einen Vorstoss einzureichen, und sich intensiv mit der Materie befasst. Zudem kann er am besten einordnen, wann der Stadtrat oder die Stadtverwaltung genug unternommen und das Anliegen formell und materiell ausreichend geprüft haben. Deshalb soll das letzte Wort beim Postulanten bleiben. An dieser Praxis will*



die SP-Fraktion festhalten. Als GPK-Mitglied kann ich an dieser Stelle aber auch bestätigen, dass es wirklich nicht so ist, dass wir nach der Pfeife des Stadtrats tanzen. Diesen Vorwurf kann ich nicht im Raum stehen lassen. Wir haben uns intensiv mit diesen Vorstössen befasst und das Für und Wider abgewogen. Ich bin gespannt, wie es nächstes Jahr ablaufen wird. Im Sinn der Ratseffizienz hoffe ich, dass wir uns noch steigern und eine bessere Lösung finden können. Wenn es Ideen gibt, wie man es besser angehen kann, damit sich niemand vor den Kopf gestossen fühlt, gewinnen wir alle.

**Samuel Balsiger (SVP):** Wir sind gewählte Volksvertreter, die sich im Gemeinderat im Auftrag unserer Wähler einbringen. Wir verfassen Vorstösse, diskutieren sie und können sie mit einer Mehrheit dem Stadtrat überweisen. Das sind die demokratischen Spielregeln, damit wir unserem Chef – dem Volk – dienen können. Die Mehrheit der GPK will die Volksrechte beschneiden und beschädigen. Sie wollen in einem Büro entscheiden, ob ein Vorstoss im demokratischen Prozess bleiben soll oder nicht. Die Sprecher der GPK haben es gesagt: Früher wurden die demokratischen Spielregeln hochgehalten. Die aktuelle Legislatur ist sehr emotional. Oftmals stehen die Linken und die GLP sehr unvorteilhaft da, zum Beispiel wenn man die Abstimmung über die Abgangsentschädigung anschaut oder Sie sich den Lohn verdoppeln wollen. Als die Mitglieder der GLP auf mich und andere SVP-Gemeinderäte zukamen, schwang ein aggressiver Unterton mit. Es fühlte sich wie eine Retourkutsche aus der GPK für politische Auseinandersetzungen in anderen Themen an. Der Sprecher der GPK nennt es bockig, wenn man auf den bisherigen demokratischen Spielregeln beharrt. Daran sieht man, dass auf einer persönlichen und nicht sachlichen Ebene diskutiert wird. Ich bitte auch die GLP, sich an die demokratischen Spielregeln zu halten. Wenn es im Rat eine Mehrheit für einen Vorstoss gab und die Postulanten diesen nicht abschreiben wollen, kann man sich in einem kleinen Büro hinter verschlossenen Türen nicht über die demokratischen Regeln hinwegsetzen. Es gilt, was das Parlament als Volksvertreter entschieden hat.

**Michael Schmid (FDP):** Samuel Balsiger (SVP) hat in seinem Votum verschiedene Dinge durcheinandergebracht. Es ist nicht undemokratisch, im Gegenteil: In der Geschäftsordnung ist klar geregelt, dass die GPK die Anträge des Stadtrats auf Abschreibung prüft und dann «Antrag auf Abschreibung der Postulate oder Ergänzung der Berichte stellt». Es ist ein Sachverhaltsirrtum, wenn gesagt wird, es werde in einer Kommission oder in einem Büro etwas entschieden. Die GPK stellt einen Antrag, ob man einem Abschreibungsantrag des Stadtrats Folge leisten soll oder nicht. Dafür wurde in den vergangenen Jahren ein Verfahren eingerichtet, das in einem organischen Prozess immer wieder angepasst wurde. Letztes Jahr hat die GPK-Präsidentin in der Debatte um die Abschreibung der Postulate gesagt, dass sich die GPK «nach langer Diskussion und unter Einbezug von Rückmeldungen aus den Fraktionen» auf eine Sensibilisierung geeinigt habe. Weiter kündigte sie an: «Im nächsten Jahr sollen jedoch andere Anträge gestellt werden.» Das heisst: Es soll kein Vetorecht von Postulantinnen und Postulanten mehr geben. Ein solches Vetorecht wäre tatsächlich undemokratisch, weil eine von 125 Personen verlangen könnte, dass ihr Vorstoss stehenbleiben muss. Das würde unserer Geschäftsordnung widersprechen. Die GPK nimmt ihren Auftrag wahr und nimmt ihn



*ernst. Sie prüft die Begründung des Abschreibungsantrags des Stadtrats sowie die Argumente, die gegen eine Abschreibung sprechen und stellt dem Rat dann einen Antrag gemäss Geschäftsordnung. Den Postulantinnen und Postulanten, die sich über eine Abschreibung ärgern, möchte ich sagen: Diese Medaille hat zwei Seiten. In jenen Fällen, in denen wir einen Abschreibungsantrag nicht gutheissen und der Rat uns beipflichtet, erwarten wir vom Stadtrat eine Prüfung, die der Intention des Postulats entspricht. Es kann keine Rede davon sein, dass wir Handlanger des Stadtrats seien. Im Gegenteil: Bei den zahlreichen Postulaten, die wir – anders als der Stadtrat – nicht abschreiben wollen, werden wir genau hinschauen, ob die materielle Prüfung tatsächlich nachgeholt wird. Das Ergebnis dieser Prüfungen werden wir nächstes Jahr diskutieren können. Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Diskussion Emotionen auslösen kann. Aber man sollte wirklich die Argumente für und gegen eine Abschreibung einander gegenüberzustellen.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Ich kann mich dem Votum von Michael Schmid (FDP) anschliessen. Es ist nicht so, dass in der GPK gemauschelt würde. Im Gegenteil diskutieren wir heute darüber, weil der Gemeinderat das abschliessende Wort hat. Ich weise auch darauf hin, dass wir die Anträge in die Fraktionen gebracht haben. In diesem Fall haben wir noch die Meinung der AL abgeholt, die in der GPK nicht vertreten ist. Wir haben auch diese Rückmeldungen berücksichtigt. Das Ziel war eine Mehrheit. Ich kann versichern: Wenn wir in der GPK gute Argumente gegen die Abschreibung eines Postulats sehen, berücksichtigen wir diese und schlagen eine Abschreibung nicht gegen den Willen der Postulanten vor. Ob das, was die GPK getan hat, am ratseffizientesten ist, weiss ich nicht. Aber es ist sicher am sinnvollsten. Noch effizienter wäre es wohl, wenn das durchgewunken würde, was die Postulanten wollen. Das beschäftigte weder die GPK noch den Rat lange. Aber dann hat die GPK ihre Aufgaben nicht gemacht. So landet ein Postulat wieder in der Verwaltung, ohne dass diese weiss, was sie damit tun soll.*

**Tanja Maag (AL):** *Ich möchte mich auf das Votum von Maleica Landolt (GLP) beziehen. Es ist nicht schwierig, Protokolle zu lesen. Aber aufgrund der Protokolle erschliesst sich uns nicht, wie es zur Entscheidung gekommen ist. Bei abweichenden Anträgen könnte man in Zukunft vielleicht irgendwo die Resultate der Vorbereitung der GPK abbilden.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich finde, die GLP-Fraktion steht vorteilhaft da, Samuel Balsiger (SVP). Mich irritiert, dass gesagt wird, ein Postulat sei das Eigentum der Postulantin oder des Postulanten. Wenn eine Mehrheit des Gemeinderats ein Postulat überweist, geht die Zuständigkeit von den Postulierenden auf den Rat über. Der Rat ist dann dafür verantwortlich, das Postulat gegenüber dem Stadtrat zu verteidigen. Wenn wir Regeln nicht transparent ändern können, wie wir es in dieser Debatte tun und vor einem Jahr angekündigt haben, können wir gar nichts mehr ändern. Dann hätten wir noch Abgangsentschädigungen für alle möglichen Verwaltungsmitglieder, kein neues städtisches Vermietungsreglement oder keine neuen Schulhäuser. Letztes Jahr wurde übrigens ein Postulat von AL-Vertretungen zur Abschreibung beantragt. Die AL war damit einverstanden, aber die GPK kam zum Schluss, dass die Forderung nicht erfüllt war. Das Postulat verlangte einen Bericht und der Stadtrat hatte keinen Bericht geliefert. Jetzt, ein Jahr*



*später, wird der GPK unterstellt, sie überfahre die Postulanten. Das tut sie aber in beide Richtungen. Sie pocht auch darauf, dass der Stadtrat seinen Job macht, wenn die Postulantinnen es nicht mehr so wichtig finden. Deshalb bin ich überzeugt, dass der Prozess der GPK gut ist und dazu führt, dass jene Postulate, die an den Stadtrat zurückgehen, ernsthafter angeschaut werden. Heute sieht er, dass die SP ein Postulat aus dem Jahr 1996 gegen die Erhöhung der Grimsel-Staumauer nicht abschreiben will und denkt dann, er versuche es in zwei Jahren noch einmal. Wenn Sie meinen, Sie gewinnen etwas, wenn Sie dem Stadtrat ein Postulat alle zwei Jahre unkommentiert zurückschicken, finde ich es schade. Es ist beim ersten Mal ein aufwendiger und emotionaler Prozess. Ich habe aber viel Vertrauen in den Gemeinderat, dass wir es in den nächsten Jahren glatter über die Bühne bringen. Vielleicht werden durch diesen Prozess auch die Begründungen des Stadtrates zu den Postulaten, die er abschreiben möchte, gehaltvoller.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Sven Sobernheim (GLP) hat gesagt, zukünftig würden die Abschreibungsbegründungen des Stadtrats vielleicht gehaltvoller. Das heisst im Umkehrschluss: Jetzt sind die Begründungen weder stichhaltig noch ausführlich. Momentan diskutieren wir also über schlecht begründete Abschreibungsanträge des Stadtrats. Es geht nicht darum, Vorstösse zur Abschreibung vorzulegen. Der Stadtrat hat mit dem Vorstoss einen demokratischen Auftrag erhalten. Diesen Auftrag muss er seriös prüfen und mit seiner grossen Anzahl Staatsangestellter ausführen. Er soll ihn nicht einfach auf eine Liste setzen, weil er keine Lust hat, einen Vorstoss der SVP zu behandeln. Er soll dafür sorgen, dass der Auftrag erfüllt wird. Dann muss auch kein Vorstoss zur Abschreibung vorgelegt werden. So sind die Spielregeln. Man kann sich nicht als Handlanger des Stadtrats aufspielen und Allianzen gegenüber unliebsamen Parteien schmieden.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ein Postulat wird dann eingereicht, wenn ein Thema in die Kompetenz des Stadtrats fällt. Das heisst, der Stadtrat könnte zu allen Postulaten sagen, dass sie ihn nicht interessieren. Wenn der Gemeinderat ein Postulat überweist, hat der Stadtrat einen Prüfauftrag und keinen Umsetzungsauftrag. Dass mein Vorredner sagt, der Stadtrat müsste ein Postulat nicht abschreiben, wenn er es umgesetzt hätte, ist ein Highlight. Auch ein zu 100 Prozent umgesetztes Postulat muss abgeschrieben werden. Das sind jeweils diese Dispositivziffern am Schluss einer Weisung.*

Kommissionsreferat Änderungsantrag 1 und Änderungsanträge 2–40:

**Matthias Probst (Grüne):** *Der Änderungsantrag 1 ist redaktionell, es sollte Postulat GR Nr. 2022/674 heissen. Die Änderungsanträge 2 bis 40 sind jene Anträge, bei denen wir entgegen der Meinung des Stadtrats der Ansicht sind, dass er seinem Prüfauftrag nicht nachgekommen ist. Die GPK wird der Verwaltung möglichst bald eine kurze Begründung zustellen, damit sie diese Anliegen prüfen kann. Damit haben wir nächstes Mal hoffentlich ein geprüftes Anliegen auf dem Tisch und vielleicht führt der eine oder andere Prüfauftrag am Schluss sogar zu einer Umsetzung.*



8 / 20

#### Änderungsantrag 1

Die GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

#### 4. Sicherheitsdepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | <u>2022/6742023/674</u>   |
| Einreichende    | SP-, AL-, GLP- und Grüne-Fraktionen   |
| Titel           | Verzicht auf die Angabe der Nationalität bei Polizeimeldungen und der öffentlichen Kommunikation der Stadtpolizei |

Zustimmung: Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Roland Hurschler (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte)

Abwesend: Sanija Ameti (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK stillschweigend zu.

#### Änderungsanträge 2–40

Die GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben:

#### 2. Präsidialdepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2021/186  |
| Einreichende    | Yasmine Bourgeois (FDP) und Ronny Siev (GLP)  |
| Titel           | Darstellung der Geschichte des Pfauens und der aufgenommenen Kunstschaffenden vor und während des 2. Weltkriegs |

#### 3. Finanzdepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2002/483                                    |
| Einreichende    | Roger Bartholdi und Roger Liebi (beide SVP) |
| Titel           | Parkhäuser, Privatisierung                  |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2013/270  |
| Einreichende    | Walter Angst (AL)   |
| Titel           | Vergabe von Aufträgen an Dritte, Einhaltung der für die gleiche Arbeit geltenden Minimallöhne sowie der branchenüblichen Mindeststandards |





9 / 20

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2021/275  |
| Einreichende    | Marcel Müller und Martina Zürcher (beide FDP)   |
| Titel           | Einrichtung von zwei zusätzlichen elektrifizierten Parkplätzen beim Park am Wasser zur Vermietung an einen Car-Sharing-Anbieter |

#### 4. Sicherheitsdepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2012/166  |
| Einreichende    | Guido Trevisan (GLP) und Ursula Uttinger (FDP)                                      |
| Titel           | Beschränkung der Parkzeit für Velos im Gebiet der Grossbahnhöfe in der Stadt Zürich |

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2016/470   |
| Einreichende    | Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne)                                     |
| Titel           | Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Furttalstrasse innerhalb des Siedlungsgebiets |

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2017/384   |
| Einreichende    | Derek Richter und Stephan Iten (beide SVP)   |
| Titel           | Schaffung eines Linksabbiegers von der Schaffhauserstrasse in die Binzmühlestrasse |

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2019/93  |
| Einreichende    | Sven Sobernheim (GLP) und Andri Silberschmidt (FDP)  |
| Titel           | Ausgestaltung der Gebührenregeln für Free-floating Zweiradangebote hinsichtlich eines vielfältigen und effektiv nachgefragten Angebots |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2019/329  |
| Einreichende    | Dr. David Garcia Nuñez und Ezgi Akyol (beide AL)                                |
| Titel           | Benennung des Parks zwischen der Badener- und Zweierstrasse nach Rosa Luxemburg |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2019/465  |
| Einreichende    | Përparim Avdili (FDP) und Pascal Lamprecht (SP)   |
| Titel           | Verbesserung der Verkehrssicherheit rund um den Farbhof sowie in der Badener- und Dachslerenstrasse |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2020/65   |
| Einreichende    | AL-, GLP-, Grüne- und SP-Fraktionen   |
| Titel           | Besserer Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner der Achse Bucheggstrasse/Rosengartenstrasse/Hardbrücke vor den negativen Auswirkungen des Strassenverkehrs |

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2020/551                                     |
| Einreichende    | Pascal Lamprecht (SP) und Stephan Iten (SVP) |



10 / 20

|                 |   |
|-----------------|---|
| Titel           | Einführung einer Parkleit-App, die in eine Verkehrsmittel-<br>übergreifende Mobilitäts-App integriert ist                           |
| Postulat GR Nr. | 2021/27   |
| Einreichende    | AL- und Grüne-Fraktionen  |
| Titel           | Verstärkung der Kompetenzen im Umgang mit psychisch<br>kranken Personen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung<br>der Stadtpolizei    |
| Postulat GR Nr. | 2021/108  |
| Einreichende    | AL-Fraktion   |
| Titel           | Befreiung von Strassen und Plätzen vom motorisierten<br>Verkehr zum Gemeingebrauch der Bevölkerung an<br>mehreren Samstagen im Jahr |
| Postulat GR Nr. | 2021/476  |
| Einreichende    | SVP-Fraktion  |
| Titel           | Dauerhafte Senkung der Gebühren für das Gewerbe<br>um 15 %  |

#### 5. Gesundheits- und Umweltdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2021/391   |
| Einreichende    | Jean-Marc Jung und Walter Anken (beide SVP)  |
| Titel           | Städtische Pflegeheime mit Abteilungen für demente Per-<br>sonen, bauliche Ergänzung der Aussenbereiche für eine<br>sichere und selbständige Nutzung durch demente Patien-<br>tinnen und Patienten |
| Postulat GR Nr. | 2023/263   |
| Einreichende    | SP-, Grüne- und AL-Fraktionen  |
| Titel           | Förderprogramm KlimUp, niederschwellige Förderung von<br>zivilgesellschaftlichem Klimaschutzengagement   |

#### 6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2016/137   |
| Einreichende    | Marcel Tobler (SP) und Markus Hungerbühler (CVP)   |
| Titel           | Bahnhof Wiedikon, Realisierung von Abgängen von der<br>Überführung Zweierstrasse auf die Perrons |
| Postulat GR Nr. | 2019/139   |
| Einreichende    | FDP-Fraktion   |
| Titel           | Erstellung von Erdsonden unter dem öffentlichen Grund  |



11 / 20

|  |   |
|--|---|
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2019/282<br>Olivia Romanelli (AL) und Brigitte Fürer (Grüne)<br>Unterstützung und Förderung der vom Aussterben bedrohten einheimischen Honigbiene ( <i>apis mellifera mellifera</i> )             |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2019/392<br>Gabriele Kisker und Brigitte Fürer (beide Grüne)<br>Baumpflanzungen im Rahmen der Neugestaltung des Münsterhofs   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2019/488<br>Severin Pflüger und Marcel Müller (beide FDP)<br>Verbindung der Quartiere Oerlikon mit Wipkingen und Affoltern mit Höngg durch Velotunnels sowie Nutzung des Lettentunnels für Velos  |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2019/530<br>Florian Utz (SP) und Matthias Probst (Grüne)<br>Prüfung aller Projekte des Tiefbauamts durch eine interne Fachperson Veloverkehr  |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2020/70<br>Olivia Romanelli und Dr. David Garcia Nuñez (beide AL)<br>Beschattung der Rathausbrücke in den Sommermonaten   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2020/346<br>Olivia Romanelli und Natalie Eberle (beide AL)<br>Erlass eines Fahrverbots auf der Zollstrasse, ausser für Zubringer und Anwohnende   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2020/510<br>Florian Utz (SP) und Selina Walgis (Grüne)<br>Weiterführung der Kunststoff-Sammlung in Höngg und Schwamendingen   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2021/478<br>Urs Helfenstein (SP) und Martina Zürcher (FDP)<br>Rollstuhlgängige Erschliessung des Schanzengrabens  |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2022/15<br>Matthias Renggli und Severin Meier (beide SP)<br>Realisierung von Badebuchten zwischen dem Hafen Riesbach und dem Strandbad Tiefenbrunnen unter Erzielung eines ökologischen Mehrwerts |



12 / 20

## 7. Hochbaudepartement

|  |  |
|--|--|
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2018/147<br>Matthias Probst und Karin Meier-Bohrer (beide Grüne)<br>Übernahme des frei werdenden Gebäudes der Quartierwache Nord durch das Gemeinschaftszentrum Oerlikon   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2018/482<br>Walter Anken und Thomas Schwendener (beide SVP)<br>Prüfung einer Miete von nahen Gebäuden als Schulraumsersatz vor Neu- oder Erweiterungsbauten von Schulhäusern   |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2021/158<br>Willi Wotreng und Dr. David Garcia Nuñez (beide AL)<br>Anpassung der Sondernutzungsplanung Maag-Areal Plus bei Realisierung eines Projekts mit Verzicht auf den Abbruch der Maag-Hallen                          |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2021/187<br>Sebastian Vogel und Martina Zürcher (beide FDP)<br>Grossflächige, grüne Schattendächer bei städtischen Bauprojekten  |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2021/238<br>Brigitte Fürer und Jürg Rauser (beide Grüne)<br>Berücksichtigung der Ziele Netto-Null und 2000-Watt-Gesellschaft sowie der 7-Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen bei der Anmietung von Flächen |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2021/336<br>Pascal Lamprecht (SP) und Marcel Bührig (Grüne)<br>Bedarfsgerechte Erneuerung und Modernisierung der Freestylehalle im Quartier Grünau   |

## 8. Departement der Industriellen Betriebe

|  |  |
|--|--|
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende<br>Titel | 2019/479<br>Zilla Roose und Urs Helfenstein (beide SP)<br>Realisierung eines öffentlichen Restaurants im neuen Gebäude des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Pfingstweidstrasse |
| Postulat GR Nr.<br>Einreichende          | 2020/485<br>Dr. Mathias Egloff und Michael Kraft (beide SP)  |





*Änderungsanträge. Diese Debatte wird sehr viel länger, wenn man aus Prinzip immer gleich stimmt. Der Vorwurf geht vor allem an die Rennleitung der SP. Ausserdem waren die Stellungnahmen der Postulierenden nicht immer aussagekräftig. Ein Postulat verlangte zum Beispiel verstärkte Polizeipräsenz zur Erhöhung der Sicherheit im Niederdorf und am Bellevue an den Wochenenden. Die Postulierenden antworteten, es gebe laufend neue Attacken, die Sicherheitslage sei nicht ausreichend. Der Stadtrat hat das Postulat mit einem langen Bericht darüber beantwortet, was alles geprüft und gemacht wurde, um die Situation zu verbessern. Es ist naheliegend, dass die GPK in diesem Fall zum Schluss kommt, dass das Postulat geprüft wurde. Es gibt auch Postulate, zu denen ausführlichere Stellungnahmen der Postulierenden eingegangen sind. Die AL hat eines erwähnt, das ihr sehr wichtig ist. Bei diesem Postulat kamen wir nach Abwägung aller Fakten zum Schluss, dass das Anliegen geprüft wurde und es vielleicht an der Zeit wäre, ein neues Postulat nachzureichen, das ein bisschen konkreter darauf hinweist, was man genau will. Wir haben in den Stellungnahmen der Postulierenden auch oft gesehen, dass neue Forderungen aufgestellt wurden. Das kann man versuchen. Aber die GPK prüft nur, ob die Grundforderung des Postulats erfüllt wurde. Wenn die neue Forderung nicht naheliegend ist, gehen wir in aller Regel nicht auf diese ein. Wir haben alle Postulate ausführlich geprüft, die Stellungnahmen beigezogen und sind bei 18 Postulaten zum Schluss gekommen, dass sie trotzdem abgeschrieben werden können.*

Kommissionsminderheit Änderungsanträge 41–58:

**Rahel Habegger (SP):** *Die SP-Fraktion setzt in dieser Frage für einmal auf Tradition. Wir setzen uns dafür ein, dass an der bisherigen Praxis festgehalten wird. Diese hat sich über die Jahre bewährt. Die Postulanten können am besten beurteilen, ob ihr Postulat effektiv geprüft und vielleicht sogar umgesetzt wurde. Wir wollen nicht über den Kopf der Postulanten hinweg entscheiden.*

Antrag zu Änderungsantrag 41

**Tanja Maag (AL)** stellt namens der AL-Fraktion folgenden Antrag: *Die AL beantragt, das Postulat GR-Nr. 2014/44 nicht abzuschreiben. Im Vergleich zu den drei weiteren Postulaten, die von uns auf dieser Liste stehen, sind wir bei diesem dezidiert der Meinung, dass die Abwägung nicht stattgefunden hat. Der Stadtrat konnte bisher nicht belegen, welche Befragungen für die Erfassung der geforderten Daten infrage kämen. Eine systematische Darstellung aller durchgeführten städtischen Befragungen in allen Departementen – inklusive der Entscheidung, ob die Daten zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität erfasst werden – wäre ein eindeutiges Zeichen, dass der Stadtrat seinen Prüfauftrag ernst nimmt. Zum Auftrag gehört dazu, dass geprüft wird, welche Tools welche Funktionen haben, die diesem Anliegen behilflich sein könnten. Im Handbuch von SAP finden sich Hinweise, dass eine dritte Geschlechtsoption akzeptiert wird. Wir stellen den Antrag, das Postulat GR-Nr. 2014/44 einzeln zu behandeln.*



15 / 20

Über das Postulat GR. Nr. 2014/44 von Alecs Recher (AL) vom 5. Februar 2014 betreffend «Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind» ist einzeln zu beraten und abzustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Ich bin der Vize-Präsidentin sehr dankbar, dass sie den Minderheitsantrag so sorgfältig begründet hat. Sie hat damit belegt, dass sie nicht die Arbeit verweigert – wie dies der Kommissionspräsident insinuieren wollte. Auch für die SVP gilt: Wir haben unsere Arbeit getan, sind einfach zu anderen Schlüssen gekommen. Es geht nicht, dass eine andere Meinung als Arbeitsverweigerung bezeichnet wird.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Matthias Probst (Grüne) hat ein Postulat rausgepickt, das gegen den Willen der Postulanten abgeschrieben werden soll. Per Zufall ist es ein Vorstoss der SVP. Darin wird gefordert, dass die Polizei verstärkt gegen homophobe Gewalt im Niederdorf vorgehen soll. Eine linke Partei will jetzt, dass wir uns nicht für Homosexuelle und deren körperliche Unversehrtheit einsetzen. Das ist doch komisch. Normalerweise wollen die Linken homophobe Gewalt eindämmen. In der Zeitung kann man lesen, dass die Vorfälle massiv zugenommen haben. Im letzten Jahr wurden doppelt so viele registriert wie im Vorjahr. Weshalb kommt man zum Schluss, das Problem bestehe nicht mehr? Ein weiterer Vorstoss, der die Lächerlichkeit und das parteiische Vorgehen der GPK zeigt, ist einer, der verlangt, dass die Plätze vor islamistischen Terroranschlägen geschützt werden. Vor ein paar Monaten hatten wir in der Stadt Zürich den ersten Terroranschlag, bei dem sich jemand auf den Islamischen Staat (IS) berief. An den Weihnachtsmärkten wird es wieder Poller und Absperrungen geben, damit niemand mit einem Auto oder Lastwagen in die Menschenmenge fahren kann. Das ist heute Realität. Trotzdem soll das Postulat abgeschrieben werden, weil es von der SVP kommt.*

**Florian Utz (SP):** *Ich wollte mich eigentlich nicht äussern. Die wiederholten Seitenhiebe und der leicht selbtherrliche Auftritt von Matthias Probst (Grüne) machen es mir aber schwer. Es gehört zum gegenseitigen Respekt in einer demokratischen Debatte, nicht jedem, der eine andere Meinung vertritt, Arbeitsverweigerung vorzuwerfen. Damit hat Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) absolut recht. Zum Thema Debattenverlängerung: Das ist der absurdeste Vorwurf, wenn man schaut, wie lange die letztjährige Debatte dauerte und wie lange wir uns heute mit uns selber statt mit wirklichen Problemen beschäftigen.*

**Matthias Probst (Grüne):** *Zum Antrag der AL, über das Postulat GR-Nr. 2014/44 einzeln abzustimmen: Ich glaube, das ändert nichts am Resultat. Deshalb ergibt es nicht so viel Sinn. Ich gehe aber davon aus, dass wir die Postulate nächstes Jahr einzeln aufführen werden. Florian Utz (SP), die Debatte heute dreht sich nicht um die Postulate, sondern darum, dass die GPK neu ihren Job macht und keinen Automatismus mehr will. Dass das für Unruhe sorgt, ist mir klar. Das können wir wegstecken. Nächstes Jahr ha-*



*ben wir hoffentlich nur noch fünf bis sechs Postulate, bei denen es Mehr- und Minderheiten gibt. Deshalb hoffe ich, dass die Debatte heute zu mehr Effizienz in Zukunft führt.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Ich habe Matthias Probst (Grüne) den Spiegel vorgehalten. Es ist entlarvend, dass er nicht auf die Vorwürfe eingeht und zeigt, wie parteiisch es ist.*

**Michael Schmid (FDP):** *Ich melde mich als Referent für das Sicherheitsdepartement. Was Samuel Balsiger (SVP) gesagt hat, darf nicht unwidersprochen bleiben. Er spricht von drei verschiedenen Vorstössen. Zum Vorstoss bezüglich homophober Gewalt gibt es keinen Abschreibungsantrag in der aktuellen Beratung. Dann gibt es das Postulat GR Nr. 2017/289, womit die Postulanten den Stadtrat baten «zu prüfen, welche öffentlichen Plätze durch Poller oder andere geeignete Hindernisse vor Terroranschlägen mit Fahrzeugen geschützt werden sollen». Der Stadtrat begründet seinen Abschreibungsantrag so: «Die Stadtpolizei Zürich beurteilt jede grössere Veranstaltung hinsichtlich möglicher sinnvoller Schutzmassnahmen im Zusammenhang mit einer möglichen Terrorgefahr. Diesbezüglich steht die Stadtpolizei Zürich in regem Kontakt mit dem Nachrichtendienst des Bundes sowie dem Bundesamt für Polizei (fedpol) und kann je nach Lage und Situation entsprechend reagieren. Um mögliche Terrorgefahren abzuwenden, hat die Stadtpolizei Schutzelemente beschafft, die präventiv eingesetzt werden.» In einem weiteren Absatz heisst es: «Eine Projektgruppe für bauliche Schutzmassnahmen unter der Leitung des Tiefbauamts hat bauliche Schutzmassnahmen an neuralgischen und schützenswerten Objekten geprüft. Aufgrund von langjährigen Einsprachen gegen das Bauprojekt mit Terrorschutzmassnahmen Hallenstadion und Messe Zürich hat sich dessen Umsetzung verzögert. Der Baubeginn ist für die zweite Hälfte des Jahres 2024 vorgesehen.» Das zeigt, dass eine materielle Prüfung stattfand. Allein die Tatsache, dass Terror weiterhin eine Bedrohung ist oder dass es im Niederdorf Gewalt gibt, kann kein Grund sein, das Postulat stehenzulassen. Sonst wären solche Postulate auf ewig in der Geschäftskontrolle des Stadtrats und könnten nie abgeschrieben werden. Es ist vorberatend die Aufgabe der GPK und nachher des Gemeinderats zu beurteilen, ob der Stadtrat eine materielle Prüfung durchgeführt hat. Wenn man der Meinung ist, dass es immer noch Handlungsbedarf gibt, kann das Gegenstand eines neuen Postulats sein.*

**Walter Anken (SVP):** *Dass ein Postulat auf ewig gelten soll, war billig. Die Terrorgefahr besteht jetzt. Vor 20 bis 30 Jahren hatten wir keine Terrorgefahr. Niemand spricht von «auf ewig». Wir sind sofort bereit, das Postulat abzuschreiben, wenn wir keine Terroranschläge mehr in der Schweiz oder Europa zu befürchten haben. Aber jetzt wollen wir den Druck aufrechterhalten, damit es jedes Mal geprüft wird. Ich garantiere dir, dass das nicht mehr passiert, sobald das Postulat abgeschrieben ist.*

Der Rat lehnt den Antrag von Tanja Maag (AL) mit 53 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.





17 / 20

## Änderungsanträge 41–58

Die Mehrheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate abzuschreiben.

Die Minderheit der GPK beantragt, die nachfolgenden Postulate nicht abzuschreiben.

### 2. Präsidialdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2014/44  |
| Einreichende    | Alecs Recher (AL)  |
| Titel           | Anonyme Erfassung der Merkmale Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung in Befragungen, bei denen diese Merkmale mutmasslich von Relevanz sind |
| Postulat GR Nr. | 2018/240   |
| Einreichende    | Andrea Leitner Verhoeven (AL)  |
| Titel           | Offenlegung der Verbindungen eines Unternehmens zur Sklaverei bei Geschäftsbeziehungen mit der Stadt   |
| Postulat GR Nr. | 2019/58  |
| Einreichende    | Pirmin Meyer (GLP) und Marcel Tobler (SP)  |
| Titel           | Standort für den Weiterbetrieb des Impact Hubs zur Förderung in Unternehmerinnen und Unternehmern in Zürich  |

### 4. Sicherheitsdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2017/289   |
| Einreichende    | Walter Anken und Samuel Balsiger (beide SVP)   |
| Titel           | Schutz von öffentlichen Plätzen vor Terroranschlägen mit Fahrzeugen                                    |
| Postulat GR Nr. | 2019/225   |
| Einreichende    | Elena Marti (Grüne) und Alan David Sangines (SP)   |
| Titel           | Verzicht auf Zirkusvorstellungen mit Tieren in der Stadt   |
| Postulat GR Nr. | 2020/310   |
| Einreichende    | Samuel Balsiger und Stephan Iten (beide SVP)   |
| Titel           | Verstärkte Polizeipräsenz zur Erhöhung der Sicherheit im Niederdorf und am Bellevue an den Wochenenden |
| Postulat GR Nr. | 2020/472   |
| Einreichende    | Dr. Mathias Egloff (SP) und Markus Knauss (Grüne)  |
| Titel           | Sicherstellung einer Parkierung von Fahrzeugen innerhalb der Markierungen                              |



18 / 20

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2021/386  |
| Einreichende    | Judith Boppart und Nicole Giger (beide SP)  |
| Titel           | Dreispietz-Strasse zwischen den äusseren Tiefgarageneinfahrten, Erlaubnis der Zufahrt nur für Anwohnende und Zubringerdienste |

5. Gesundheits- und Umweltdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2020/246   |
| Einreichende    | AL-Fraktion  |
| Titel           | Schaffung einer hebammengeleiteten Geburtenabteilung |

6. Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2019/529  |
| Einreichende    | Grüne-Fraktion  |
| Titel           | Überarbeitung des Strassenprojekts Badenerstrasse hinsichtlich einer Lärmsanierung mit Tempo 30 und Umsetzung der beiden im Regionalen Richtplan geplanten Velorouten |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2021/286  |
| Einreichende    | Derek Richter und Stephan Iten (beide SVP)  |
| Titel           | Realisierung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Bernstrasse/Hermetschloobrücke / Bändlistrasse |

7. Hochbaudepartement

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2007/381  |
| Einreichende    | Christine Seidler und Jacqueline Badran (beide SP)                                |
| Titel           | Bau- und Zonenordnung (BZO), Bericht über verschiedene Stadtentwicklungsszenarien |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2013/110  |
| Einreichende    | Dr. Richard Wolff, vertreten durch Walter Angst (beide AL)          |
| Titel           | Kunstsammlung der Stadt, verbesserter Zugang für die Öffentlichkeit |

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2019/159   |
| Einreichende    | Dr. Balz Bürgisser und Simon Kälin-Werth (beide Grüne) |
| Titel           | Erhalt des «Witiker-Huus» an der Witikonerstrasse 405  |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2021/463                                      |
| Einreichende    | Flurin Capaul und Catherine Pauli (beide FDP) |



19 / 20

|                 |   |
|-----------------|---|
| Titel           | Senkung des Büroflächenbedarfs und der Anzahl Büroarbeitsplätze in den Dienstabteilungen  |
| Postulat GR Nr. | 2022/573  |
| Einreichende    | Jean-Marc Jung und Reto Brüesch (beide SVP)   |
| Titel           | Erweiterung des Primarschulhauses Riedhof in Zürich-Höngg, Sicherstellung des Zugangs der benachbarten städtischen Parzelle für eine zeitnahe Bebauung für breite Bevölkerungsgruppen |

#### 10. Sozialdepartement

|                 |  |
|-----------------|--|
| Postulat GR Nr. | 2020/9   |
| Einreichende    | Anjushka Früh (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne)       |
| Titel           | Jährliche, unangemeldete Kontrollen aller Kindertagesstätten |

|                 |   |
|-----------------|---|
| Postulat GR Nr. | 2023/107  |
| Einreichende    | Samuel Balsiger und Stephan Iten (beide SVP)  |
| Titel           | Unterbringung von Asylbewerbenden, Verzicht auf die Kündigung von laufenden Mietverträgen |

|             |  |
|-------------|--|
| Mehrheit:   | Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Roland Hurschler (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte) |
| Minderheit: | Referat: Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Sofia Karakostas (SP), Dominique Späth (SP)   |
| Abwesend:   | Sanija Ameti (GLP)   |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die GPK beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

|             |   |
|-------------|---|
| Zustimmung: | Referat: Matthias Probst (Grüne), Präsidium; Rahel Habegger (SP), Vizepräsidium; Roland Hurschler (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Maleica Landolt (GLP), Michael Schmid (FDP), Dominique Späth (SP), Jehuda Spielman (FDP), Karin Weyermann (Die Mitte) |
| Enthaltung: | Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)  |
| Abwesend:   | Sanija Ameti (GLP)  |

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 92 gegen 7 Stimmen (bei 13 Enthaltungen) zu.



20 / 20

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Die in der Beilage aufgeführten Postulate (mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 2. Oktober 2024) werden abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 9. Oktober 2024

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat